

Sebastian Harnisch, Hanns W. Maull,  
Siegfried Schieder (Hg.)

# Solidarität und internationale Gemeinschaftsbildung

Beiträge zur Soziologie der internationalen Beziehungen

*Sebastian Harnisch* und *Hanns W. Maull* sind Professoren für Internationale Beziehungen und Außenpolitik in Heidelberg und Trier. *Siegfried Schieder*, ist promovierter wissenschaftlicher Mitarbeiter am SFB 600 »Fremdheit und Armut« der Universität Trier.

Campus Verlag  
Frankfurt/New York

Der Sammelband ist im Sonderforschungsbereich 600 »Fremdheit und Armut. Wandel von Inklusions- und Exklusionsformen von der Antike bis zur Gegenwart«, Trier, entstanden und wurde auf seine Veranlassung unter Verwendung der ihm von der Deutschen Forschungsgemeinschaft zur Verfügung gestellten Mittel gedruckt.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.  
ISBN 978-3-593-38875-5

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.  
Copyright © 2009 Campus Verlag GmbH, Frankfurt/Main  
Druck und Bindung: KM-Druck-Großumstadt  
Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier.  
Printed in Germany

Besuchen Sie uns im Internet: [www.campus.de](http://www.campus.de)

# Die Ambivalenz der Moral: Interessen und Gemeinschaftsgefühl in der französischen Afrikapolitik

*Klaus Schlichte*

»Le drame de l'Afrique, c'est que l'homme africain n'est pas assez entré dans l'histoire. Le paysan africain, qui depuis des millénaires, vit avec les saisons, dont l'idéal de vie est d'être en harmonie avec la nature, ne connaît que l'éternel recommencement du temps rythmé par la répétition sans fin des mêmes gestes et des mêmes paroles. Dans cet imaginaire où tout recommence toujours, il n'y a de place ni pour l'aventure humaine, ni pour l'idée de progrès. [...] Jamais l'homme ne s'élançait vers l'avenir. Jamais il ne lui vient à l'idée de sortir de la répétition pour s'inventer un destin. Le problème de l'Afrique et permettez à un ami de l'Afrique de le dire, il est là. Le défi de l'Afrique, c'est d'entrer davantage dans l'histoire. C'est de puiser en elle l'énergie, la force, l'envie, la volonté d'écouter et d'épouser sa propre histoire« (Sarkozy 2007).<sup>1</sup>

## 1. Einleitung

Mit diesen Bemerkungen über die historische Rolle Afrikas und der Erklärung seiner »Unter-Entwicklung« hat der französische Staatspräsident Sarkozy gemacht. Seine Rede vom 26. Juli 2007 an der Cheick-Anta-Diop Universität in Dakar sorgte sofort für heftige Reaktionen. Sie enthält viele interessante Passagen, und wenn man einmal annimmt, dass sie tatsächlich das Denken Sarkozys widerspiegelt und nicht nur das Produkt eines

<sup>1</sup> »Das Drama Afrikas ist, dass der afrikanische Mensch nicht genug in die Geschichte eingetreten ist. Der afrikanische Bauer, der seit Jahrtausenden mit den Jahreszeiten lebt, dessen Ideal das Leben in Einklang mit der Natur ist, kennt nur die ewige Wiederkehr der Zeiten, deren Rhythmus die pausenlose Wiederholung der immergleichen Zeichen und Worte ist. In dieser Vorstellung, in der ständig alles von neuem beginnt, gibt es keinen Platz für die Ideen des Fortschritts oder das Abenteuer der Menschheit. [...] Der Mensch streckt sich darin nicht der Zukunft entgegen. Niemals kommt ihm die Idee, sich diesen Wiederholungen zu entziehen, sich sein Schicksal selbst zu wählen. Das Problem Afrikas, erlauben Sie einem Freund Afrikas, das zu sagen, liegt genau darin. Die Herausforderung Afrikas besteht darin, sich in die Geschichte zu begeben, darin, aus sich selbst heraus die Energie, die Kraft zu schöpfen, den Willen aufzubringen, auf die Geschichte zu hören und sie anzunehmen« (Übersetzung K.S.).

Redenschreibers ist, dessen Bild des afrikanischen Kontinents ganz offensichtlich von Hegel geprägt wurde, dann lassen sich schon an diesem Textstück viele Aussagen über das Menschenbild, den ungebrochenen Technikglauben und die Kontinuitäten der Philosophie der frühen Aufklärung wiedererkennen. Aber nicht dies, sondern die Aussagen über »Afrika« sorgten vor dem jungen akademischen Publikum und später in der öffentlichen Diskussion für heftige Reaktionen.

Diese Rede hat nicht nur zu massiver Kritik durch afrikanische und französische Intellektuelle geführt,<sup>2</sup> sondern inzwischen auch einige Nachbesserungen von Regierungsseite nötig gemacht. So hat sich mittlerweile der Minister für Frankophonie, Jean-Marie Bockel, in einer für dieses politische Feld ganz typischen Weise geäußert: Die Rede von Sarkozy sei »ein Zeugnis des Respekts«, in vollem Gleichklang »mit den tiefen Empfindungen des afrikanischen Kontinents«. Die »Union Frankreichs mit den Ländern Afrikas« sei nun aufgerufen, »die Globalisierung besser zu regeln« (zitiert nach Amiri 2007).

Die Rede Sarkozys darf auch als ein Zeichen gewertet werden, jedenfalls formell mit der Tradition der privilegierten Beziehungen zu brechen, die bisher zwischen Frankreich und dem frankophonen Afrika bestanden. Diese »rupture«, die Sarkozy im Frühjahr 2007 kurz nach seiner Wahl angekündigt hatte, war schon durch ihn als Innenminister erkennbar geworden, als Sarkozy ein Ende der kontingentierte Einwanderung aus den ehemaligen Kolonien und eine Politik der »immigration choisie« ankündigte (vergleiche Rubner 2007). Auch dieser Schritt rief heftige Verstimmungen hervor.

Aus dem traditionellen Gaullismus gibt es gegenüber der neuen Politik kritische Stimmen, die in ebenso typischer Weise die besondere Bande zwischen Frankreich und seinen ehemaligen Kolonien betonen: Für den ehemaligen Premierminister Dominique de Villepin hatte Sarkozy den besonderen Sensibilitäten der Beziehungen nicht genug Rechnung getragen. Er bezog sich dabei auf die Passage, in der Sarkozy den Afrikanern vor-

2 Vgl. etwa die Reaktionen von Bayart (2007b), einem der bekanntesten Politikwissenschaftler Frankreichs, der zu Politik und Gesellschaft Afrikas Standardwerke vorgelegt hat, oder auch die Reaktion von Mbembe (2007a, 2007b) oder des senegalesischen Oppositionspolitikers Diallo (2007) sowie der senegalesischen Historikerin Thioub (2007). Sowohl Zustimmung wie Kritik findet sich in den Stimmen der Rezipienten des Videos der Rede bei You Tube (<http://www.youtube.com/watch?v=k9tU1vIKaTU>, 9. September 2007). Inzwischen ist ein Band erschienen, in dem 24 frankophone afrikanische Intellektuelle die Rede Sarkozys und seine Politik kommentieren (Gassama 2008).

gehalten hatte, sich nicht hinreichend in die Weltgeschichte einzufügen, sondern in einer idealisierten Vergangenheit zu verharren. De Villepin grenzte sich schließlich mit einem Satz von der »rupture« ab, die Sarkozy gegenüber der traditionellen französischen Afrikapolitik vollziehen will, und bekannte sich stattdessen zu der klassischen gaullistischen Position: »Wir sind ohne Zweifel das Land, das heute Afrika am besten versteht und dass es am meisten liebt« (zitiert nach Amiri 2007).

An diesen Reaktionen und ihrer Heftigkeit ist vor allem eines auffällig: die hohe emotionale Beteiligung. Ganz offensichtlich – aber das ist keine neue Erkenntnis – zeichnen sich die Beziehungen zwischen Frankreich und seinen ehemaligen Kolonien durch eine besondere Nähe aus. Die Gefühle, die in den Texten und Reden auftauchen, zeigen diese Nähe an. Denn überall dort, wo die Beziehungen eng sind, verlaufen auch die Konflikte heftig, wie Georg Simmel in seiner Analyse des Streits als vergesellschafteter Form festgehalten hat (vergleiche Simmel 1992 [1908]). Doch nicht moralische Phänomene überhaupt, sondern ihr Auftreten in transnationalen Zusammenhängen sind hier von Interesse.

In diesem Beitrag soll gezeigt werden, dass solche moralischen Diskussionen im transnationalen Raum an geschichtliche Erfahrungen gebunden sind. Doch nicht die Geschichte an sich ist dafür konstitutiv, denn sie wird immer nur als erinnerte, als in Narrativen konstruierte repräsentiert. Wie im Abschnitt 3 dieses Beitrags gezeigt wird, müssen bestimmte soziale Trägergruppen vorhanden sein, von denen solche moralischen Thematisierungen ausgehen, die häufig, wie im Fall der französischen Afrikapolitik, von institutionellen Umbrüchen gekennzeichnet sind. Wie weit solche historischen Bezüge zurückreichen und wie sie die Interpretation jüngerer Veränderungen überlagern, wird vor allem in Abschnitt 4 dieses Beitrages sehr deutlich. Was über den Fall hinausgehend für die Diskussion über moralische Phänomene in den Internationalen Beziehungen zu lernen ist, wird am Ende des Beitrages in Abschnitt 6 noch einmal kurz diskutiert.

## 2. Wie kann man Moral erklären?

Wo Gefühle eine Rolle spielen, da ist meist auch die Moral nicht weit. Deshalb ist das Feld der Beziehungen zwischen Frankreich und seinen ehemaligen Kolonien besonders geeignet, der Frage nach der Bedeutung von

Moral in den internationalen Beziehungen, aber auch nach ihrer theoretischen Einordnung in diesem Feld etwas näher zu kommen. Was lässt sich daran erkennen?

Wo immer wir Moral in empirischen Phänomenen zu beobachten meinen, sind diese immer in zwei Richtungen lesbar: als ehrlicher Altruismus, auf geglaubten höheren Prinzipien beruhend oder aber, im Sinne einer rationalistischen Interpretation, als kalkulierte Strategie. Auch vieles von dem, was wir als »moralisch« in den internationalen Beziehungen beobachten, hat dieses Schillernde. So lässt sich der Marshall-Plan der USA im Nachkriegseuropa sowohl als Hilfe für die kriegszerstörten Länder begreifen, wie auch als Export eines Kapitalüberschusses zur Schaffung leistungsfähiger Absatzmärkte. Ähnliches gilt für die Entwicklungs- und Katastrophenhilfe. Zwar sind sie den Selbstdarstellungen der Gebenden zufolge selbstlose Gaben. Doch ihr instrumenteller Charakter, der etwa darin besteht, negativ bewertete Konsequenzen für die Gebenden zu vermeiden, wie zum Beispiel Flüchtlingsströme oder Gewaltkonflikte, ist in einigen Fällen durchaus klar erkennbar. Unter Umständen sind große Teile jedenfalls der staatlichen Entwicklungshilfe auch eher durch ein Theorem erklärbar, das auf die Akkumulation von Ehre abstellt (vergleiche Radtke/Schlichte 2004).

In den vergangenen Jahren hat sich in der Subdisziplin der Internationalen Beziehungen die Diskussion darüber wiederbelebt, ob sich über die Grenzen von Nationalstaaten hinweg dauerhafte und belastbare moralische Bindungen entwickeln. Dabei reicht die Spanne der Beiträge von Versuchen, Jürgen Habermas' Theorie der kommunikativen Vernunft für den Nachweis verständigungsorientierten Handelns zu nutzen (Risse 2000) bis zu Vorschlägen, dem moralischen Phänomen des Respekts in der internationalen Politik nachzuspüren (Wolf 2008b). Doch ob sich in der Weltgesellschaft tatsächlich mehr oder intensivere moralisch aufgeladene Beziehungen feststellen lassen, die auf neue Formen transnationaler Solidarität verweisen, oder ob sich darin sogar ein neues kosmopolitisches Bewusstsein ankündigt, auf dem politische Formen aufbauen könnten, wie dies Immanuel Kants Geschichtsphilosophie nahe legt,<sup>3</sup> soll nicht Gegenstand dieser Analyse sein. Stattdessen geht es um die Erklärung der besonderen Rolle von Moral in bestimmten internationalen Beziehungen: Warum spie-

3 Zurückhaltung vor vorschnellen Befunden ist hier geboten. Denn die politische Lösung des »cosmopolitismus« (Kant 1980 [1798]: 288) ist zugleich das Problem »welches von der Menschengattung am spätesten aufgelöst wird« (Kant 1973 [1784]: 11).

len moralische Figuren und Gefühle in bestimmten Beziehungen und Feldern<sup>4</sup> eine besondere Rolle, und in anderen nicht?

Die Antwort auf diese Frage verweist auf die konstitutive Rolle der historischen Verläufe: Die Quelle von Solidarität und »Gemeinschaft« ist immer geteilte Geschichte. Nur über vorgängige Interaktionen kommen Pflichten und moralische Einstellungen zustande. Sie lassen sich weder als instrumentelle »Erfindungen« begreifen, noch sind sie – wegen einer präsupponierten Irrationalität – der empirischen Analyse unzugängliche Sentimentalitäten. Das, was wir Moral nennen, ist Teil der »legitimen Ordnung«, des historisch geronnenen und damit sozial konstituierten Kanons aus Sitten, Konventionen und Recht. Mit diesem Begriff, der den Grundbegriffen der verstehenden Soziologie entstammt (vergleiche Weber 1985 [1922]: 16ff.), ist die gleichzeitige Geltung an sich widersprüchlicher moralischer Prinzipien und Orientierungen nicht eskamotiert. Max Weber betont sogar, dass die gleichzeitige Geltung unterschiedlicher legitimer Ordnungen der Normalfall sei.

Das theoretisch-methodische Argument dieses Beitrages lautet also, dass sich ohne Analyse der historischen Verläufe und ihrer diskursiven Verarbeitung die legitimen Ordnungen nicht erkennen lassen. Die konkrete Rekonstruktion der historischen Verläufe erlaubt so auch, die Genese und Geltungskraft moralischer Ordnungen zu erfassen. Der historische Zugang ist deshalb nicht nur der Weg, um die semantischen Bezüge der Diskurse offen zu legen, sondern er ist auch der Schlüssel, um die Geltung und Reichweite von legitimen Ordnungen und damit der moralischen Orientierungen in einem sozialen Feld, einer Figuration abschätzen zu können.

Die Moral lässt sich folglich nicht aus einem rationalistischen Paradigma erklären. Immer erscheint sie uns als etwas über dem Kalkül Liegendes, etwas Höheres oder vielleicht auch Vorgängiges. Und das findet seine empirische Entsprechung darin, dass wir uns – selbst noch als akademische Beobachter – über moralische Fragen echauffieren. Moralische Fragen sind »heiße« Fragen, und häufig schaffen sie eine wärmende Behaglichkeit. Man könnte deshalb affektuelles Verhalten, die Anwesenheit von

4 Ich benutze statt des Ausdrucks »internationale Beziehungen« in Anlehnung an Pierre Bourdieu den Begriff des Feldes oder in Anlehnung an Norbert Elias den der Figuration. Die chronische Fragwürdigkeit des Ausdrucks »internationale Beziehungen« legt diese – soziologischen – Kategorien nahe. Dieses soziologische Verständnis von Politik in der Weltgesellschaft ist darüber hinaus in der Lage, auch die Politik nicht-staatlicher Akteure in den Blick zu nehmen, ohne in theoretische Schwierigkeiten zu geraten.

Gefühlen, gleichsam als Indikator von Moral betrachten. Aber dieses »emotionale Korrelat« ist in unterschiedlichen Versionen denkbar. Es gibt sicher auch eine Kitsch-Version, im literaturwissenschaftlichen Sinne als »Rührung über die eigene Rührung« (Killy 1961), und es gibt eingebil­dete, vorgetäuschte und unechte Gefühle.

Die notwendige Reflektion über den Zusammenhang von Gefühlen und Moral hilft bei der Analyse der Rolle und Bedeutung von Moral nur auf den ersten Blick weiter. Heuristisch sicherer ist es, den Weg der historischen Analyse zu beschreiten, sich also die Interaktionsmuster anzusehen, ausgehend von der Annahme, dass es ohne gemeinsame Geschichte keine Moral, keine Solidarität geben kann, so dass sich auch keine für Institutionalisationen hinreichend starken Beziehungen ergeben können (Offe 2004).

Die Moral hat also »historische Gründe«. Was aber sind »historische Gründe? Wie genau soll man sich diese Kausalitäten vorstellen? Wie lassen sich diese Kausalitäten zeigen oder gar überprüfen? Die Antwort auf diese Frage stellt auf Kategorien von Reinhart Koselleck ab: Die Geschichte, die sozial und politisch begründend wirkt, besteht aus Erfahrungsräumen, die über (oft staatliche) Narrative zu kollektiven Vorstellungen werden (vergleiche Koselleck 1979). Über diese Erfahrungsräume und die Narrative, die zugleich die Interpretationsmatrizen des je selbst konkret Erfahrenen werden, formen sich auch die moralischen Ordnungen aus. Im kollektiven und im individuellen Habitus werden sie dann zu den Maßstäben der Bewertung des Wahrgenommenen.<sup>5</sup> Die Geschichte ist also nicht bloß ein »Faktor« oder eine »Variable«, sondern der Zusammenhang, der Sinnhorizonte erst aufspannt, der die diskursive Verknüpfung überhaupt erst ermöglicht, der die Gesellschaft und ihre legitime Ordnung konstituiert.

Wo eines von beiden fehlt, entweder die geteilte Erfahrung oder die Sozialisation in den entsprechenden Narrativen, entstehen auch nicht die Gefühle, die das empirisch beobachtbare Korrelat einer »Moral« sind, die nicht bloß affirmativ im Munde geführt oder rein instrumentell eingesetzt wird. Am Feld der französisch-afrikanischen Beziehungen möchte ich nun

<sup>5</sup> Die soziologische Einsicht in die Genese dieser kollektiven Formen, wie sie insbesondere von Elias und Bourdieu geleistet worden ist, findet sich jetzt auch von der Evolutionsbiologie bestätigt. Die Vorstellung des »freien Willens« (oft verwechselt mit Ich-Bewusstsein) ist damit aus mehreren Richtungen unter Druck geraten (Wuketits (2007).

zeigen, wie sich dieses Programm der Analyse von Moral umsetzen lässt und welche Dynamiken daran erkennbar werden.

### 3. Einige Facetten der »Relations Privili­giées«

Durch die Länge und Intensität der Beziehungen zwischen Frankreich und seinen ehemaligen Kolonien<sup>6</sup> haben sich in diesem Feld zahlreiche Merkmale ausgeprägt, die sich in dieser Konstellation sicher nur in wenigen anderen Fällen ergeben haben.<sup>7</sup> Die Beziehungen sind zum einen stark institutionalisiert. Frankreich hat seine Kolonien in verschiedenen multilateralen und bilateralen Bindungen gehalten, die für beide Seiten nutzbringend waren. Während sich für Frankreichs politische Klasse aus diesen Beziehungen eine größere internationale Rolle ergeben hat, als dies in vergleichbaren europäischen Staaten – von Großbritannien abgesehen – nach dem Zweiten Weltkrieg der Fall war, haben die Regime der afrikanischen Länder vor allem von den stabilisierenden Transfers profitiert.

Noch aus den kolonialen Bindungen, dann aber genährt von der langen Stabilität des postkolonialen Arrangements, verschränkten sich viele Regimeinteressen mit der französischen Afrikapolitik. Nach wie vor leben mehrere Zehntausend Franzosen in den ehemaligen französischen und belgischen Kolonien. In diesen Staaten überwogen lange Zeit französische Unternehmen in nahezu allen modernen Sektoren der Wirtschaft. In vielen Märkten – etwa im Hotelgewerbe, im Bankensektor, im Baugewerbe, im Export von Rohstoffen – kontrollierten wenige französische Unternehmen ganze Regionen. Beispielhaft ist hierfür etwa die Hotelgruppe Novitel-

<sup>6</sup> Über das Feld der französisch-afrikanischen Beziehungen liegen eine Reihe von guten Monographien vor, allerdings keine über die jüngste Geschichte. Zu nennen wären neben Chafer (2002) und Brüne (1995) vor allem Bayart (1984) und Wauthier (1995). Ein eindringliches Zeitzeugnis sind auch die Aussagen von Jacques Foccart, der grauen Eminenz der Afrikapolitik im Elysée unter de Gaulle und Chirac. Kritisch aus journalistischer Sicht sind die Bände von Smith/Glaser (1992, 1994) sowie die »Schwarzbücher« der NGO »Agir ici – Survie« (1996) und Verschave (1998). Zur jüngeren Entwicklung Müller-Brandeck-Bocquet (2007) sowie die Beiträge von Meimon (2007), Mann (2007), Hugon (2007), D'Ersu (2007), Bayart (2007a), Banegas u.a. (2007) in der Zeitschrift »Politique africaine«.

<sup>7</sup> Zu denken wäre hier natürlich an solche Felder, in denen die Auflösung imperialer Zusammenhänge historisch fortwirkt. Auch die Beziehungen der USA zu vielen lateinamerikanischen Ländern weisen mutmaßlich viele ähnliche Charakteristika auf.

Sofitel, die Unternehmensgruppe Bouygues im Baugewerbe sowie die Holding Bolloré im Transportwesen, die teils über Lieferbindungen der französischen Entwicklungshilfe auf geschützten Märkten expandierten (vergleiche Hugon 2007). Diese geschäftlichen Beziehungen sind zudem eingebettet in ein ausdifferenziertes System zwischenstaatlicher Institutionen. So stützt die französische Regierung, und nunmehr die EU, seit der Unabhängigkeit der französischen Kolonien Westafrikas deren Währung über die Kopplung des »Franc-CFA« zunächst an den französischen Franc und nun an den Euro.

Enge Beziehungen ergaben sich aber in den ersten Dekaden des postkolonialen Verhältnisses nicht nur durch die Präsenz französischer Unternehmen. Auch in anderen sozialen Bereichen blieben die Beziehungen eng oder vertieften sich sogar noch. Durchschnittlich 10.000 »coopérants«, also Entwicklungshelfer in Schulen, Krankenhäusern, in Infrastrukturprojekten, aber auch im Militär wurden bis zu Beginn der 1990er Jahre vom französischen Staat jährlich finanziert. Über ungezählte Städtepartnerschaften, Sprach- und Kulturinstitute, wissenschaftliche und kirchliche Kooperationen sind die Beziehungen zwischen Frankreich und dem frankophonen Afrika bis heute weitaus intensiver als etwa die Beziehungen zwischen Frankreich und vielen europäischen Ländern.

Vergleicht man den Umfang des französischen Außenhandels mit den frankophonen Staaten Afrikas und die dortigen französischen Direktinvestitionen mit den wirtschaftlichen Beziehungen zu anderen Regionen, so findet sich kein ökonomisches Argument für die hohen Summen, welche die Regierungen der Fünften Republik südlich der Sahara in entwicklungspolitischen Projekten und sicherheitspolitischen Maßnahmen aufgewendet haben. Andere Regionen, etwa der Mittlere Osten und Lateinamerika, sind für die französische Ökonomie weitaus bedeutender. Die Erklärung für die lange Kontinuität der »relations privilégiées« wird deshalb von Beobachtern immer in »historischen Bindungen« gesehen (Cumming 1996: 128).

Am sichtbarsten wurden über die Jahrzehnte jedoch die direkten politischen Bindungen.<sup>8</sup> Die Stabilisierung afrikanischer Regierungen durch Interventionen Frankreichs seit dem Ende der Kolonialzeit ist sprichwörtlich. Man spricht von der »chasse gardée«, der geschützten Jagd, dem »pré carré«, der Interessenssphäre, dem »champ privilégié«, dem bevorzugten Feld. Afrikanische Regierungen waren über teils geheime, teils öffentliche

<sup>8</sup> Mit dem Ausdruck »französische Afrikapolitik« wird in diesem Beitrag deshalb auf die Politik der Präsidenten und Regierungen der Fünften Republik abgestellt.

Militärbündnisse mit Frankreich als Schutzmacht verbunden und über ein dutzend Mal hat das französische Militär offen interveniert, wenn mit ihm verbündete afrikanische Regime bedroht waren. Seit dem Beginn der Schuldenkrise in den 1980er Jahren haben verschiedene französische Regierungen mit direkten Zuschüssen die hoffnungslos defizitären Budgets besonders der Sahel-Staaten Niger und Mali, aber auch der Zentralafrikanischen Republik gerettet. Und bis zum heutigen Tage unterhält Frankreich mehrere Militärbasen in Afrika, in denen zeitweilig bis zu 10.000 Soldaten stationiert waren (D'Ersu 2007).

Die im engeren Sinne politischen Beziehungen im Feld *Françafrique* sind jedoch nicht einheitlich. Eine Reihe von Ländern und Regimen unterhielt und unterhält besonders enge Beziehungen, während andere eher randständig geblieben sind. Die Gründe für diese Unterschiede liegen teils in den Biographien der Staatshäupter, teils in der Rolle von Partikularinteressen. Kamerun, Togo, Senegal und die Elfenbeinküste sind wegen der historischen Länge und des besonders intensiven Austauschs seit der Zeit der Kolonialherrschaft stärker mit der politischen Zentrale in Paris verflochten als dies etwa bei Mali, Mauretanien oder Benin der Fall ist. Das französische »champ« hat sich im Verlauf der postkolonialen Geschichte zudem ausgeweitet: Während traditionell nur die ehemaligen Kolonien Frankreichs dazugehörten, sind seit den 1960er Jahren auch die ehemaligen belgischen Kolonien Teil des Feldes geworden. Die Regime von Mobutu Sese Seko und Juvenal Habyarimana waren sogar besonders eng einbezogen. Gelegentlich, wie im Fall Angolas, unterhält die französische Afrikapolitik auch gleichzeitig enge Beziehungen zu Regimen und ihren gewaltsamen Herausforderern.<sup>9</sup>

In der Literatur, die sich mit dem Feld *Françafrique* auseinandersetzt, gilt der Verweis auf »historische Gründe« als Standardantwort auf die Frage nach den Gründen für diese über die Jahrzehnte höchst kostenträchtige und skandalreiche Politik. Doch wie sich Geschichte in Handlungen und öffentlich so skandalträchtige Politik umsetzen kann, bleibt damit unbeantwortet. Die »Pathologie« dieser Beziehungen (Marchal 1995: 915) ist nur durch die Fortdauer eines post-kolonialen Habitus der politischen Klasse Frankreichs erklärbar, der die klientelistische Inbesitznahme einer anarch-

<sup>9</sup> Die jährlichen Treffen des französischen Präsidenten mit afrikanischen Staatshäuptern gelten als Indikatoren für den jeweiligen Stand der Beziehungen. Die Liste der Eingeladenen spiegelt die aktuelle Nähe wider.

ischen Institutionenlandschaft ermöglicht hat (zum post-kolonialen Habitus ausführlich Schlichte 1998).

Das Feld der französisch-afrikanischen Beziehungen ist deshalb reich an Skandalen, die bis in die höchsten Staatsämter reichen. Die von der Zeitschrift »Le canard enchaîné« aufgedeckte »Diamantenaffäre«, die in dem eingestandenem Vorwurf mündete, Präsident Valéry Giscard d'Estaing habe sich Diamanten im Wert von 14 Millionen US-Dollar vom damaligen selbstgekrönten Kaiser des Zentralafrikanischen Kaiserreichs, Jean Bedel Bokassa, schenken lassen, mündete schließlich in die Wahlniederlage gegen François Mitterand.

Diese Episode ist nur der bekannteste Fall einer endlosen Reihe von Vermischungen persönlicher und politischer Beziehungen, die die hohe Interaktion des Feldes belegen. Auf höchster Ebene reichen diese Beziehungen bis in die Zeit vor und während des Zweiten Weltkriegs zurück. So waren etwa Mitterand wie auch der spätere langjährige Präsident der Elfenbeinküste, Felix Houphouët-Boigny, lange Zeit Abgeordnete im französischen Parlament der Vierten Republik. Jacques Foccart, bei weitem die eindrucksvollste Gestalt der französischen Afrikapolitik, war Aktivist in der Resistance mit engen Verbindungen in die korsische Mafia, ehe er nach dem Krieg Charles de Gaulles Afrikaberater wurde. Während der Präsidentschaft Jacques Chiracs wurde er erneut Chef der »cellule africaine«, die im Elysée-Palast die präsidentielle Afrika-Politik organisierte, war aber zugleich Chefkoordinator der Geheimdienste (vergleiche Whiteman 1997). Als persönliche Afrikaberater Mitterands fungierten zunächst dessen Zahnarzt, Guy Penne, und dann Mitterands Sohn Jean-Christophe, schnell mit dem Spitznamen »Papa m'a dit« (»Papa hat mir gesagt«) versehen, der wegen Verstrickungen in illegale Waffengeschäfte mehrfach verhaftet wurde (vergleiche Marchesin 1995: 16).

Einige Besonderheiten der französischen politischen Klasse, wie ihr Rückgriff auf die Machtressourcen der großen Staatsunternehmen, machten sich auch in der Afrikapolitik bemerkbar. So ist etwa die Rolle des ehemals in Staatseigentum befindlichen Ölkonzerns Elf-Aquitaine legendär, der in direkter, häufig krimineller Weise auf die politischen Machtverhältnisse in afrikanischen Staaten Einfluss genommen hat (Smith/Glaser 1992). Bekannt wurden in der Vergangenheit auch verdeckte Finanzierungen französischer Parteien und Wahlkampagnen aus den schwarzen Kassen afrikanischer Präsidenten.

Diese in hohem Maße von Informalität gekennzeichneten Merkmale der Beziehungen zwischen Frankreich und seinen ehemaligen Kolonien sind deshalb nicht bloß als »Korruption« moderner staatlicher Politik durch die neopatrimonialen Strukturen afrikanischer Staaten zu verstehen, sondern eher als eine Fusion der informellen Praktiken und Politiken beider Seiten. Bayart (2007a) hat dieses Feld als »postkoloniale Hegemonie« bezeichnet, um mit dieser an Antonio Gramscis Ideen angelehnten These die Transnationalität dieses als »Françafrique« benannten politischen Verhältnisses zu betonen.

#### 4. Der koloniale Erfahrungsraum

Die aktuelle Aufregung über die Rede Sarkozys, aber auch die deutlich wahrnehmbare emotionale Dimension dieser Beziehungen bilden jedoch einen Aspekt, der unter der Frage nach der Bedeutung der Moral in der internationalen Politik aufschlussreich ist. Was sich in der Rede Sarkozys erhalten hat, ist der Bezug auf die Norm der Freundschaft, die all die Jahrzehnte zuvor auch schon die Reden französischer Präsidenten durchzog. Diese Semantik ist sicher teils rhetorisch. Zu einem großen Teil hat sie in der Vergangenheit aber ihre reale Entsprechung gehabt, wie sich in der oben zitierten Stellungnahme De Villepins noch ausdrückt. Die geopolitische Sichtweise, die Teil des postkolonialen Habitus ist (Schlichte 1998: 323f.), hat auch die militärischen Interventionen Frankreichs nie nur als instrumentelles Handeln zur Wahrung des Großmachtstatus erscheinen lassen, sondern wurde auch immer als solidarisches Handeln gegenüber Bündnispartnern und Konsequenz ausgesprochener Schutzverpflichtungen aufgefasst (Mabileau/Quantin 1980: 71).

Die moralische Dimension, die sich in dieser Emotionalität zeigt und sich in Pflichten und Rechten auch institutionell ausformt, weist tatsächlich auf eine lange Geschichte der Interaktion hin. Die bis in das 18. Jahrhundert zurückreichende politische Inkorporation von Afrikanern in das politische Gemeinwesen Frankreichs, besonders aber die Phase der gemeinsamen kolonialen Vergangenheit, sind die eigentlichen Wurzeln dieses Gemeinschaftsbewusstseins. Die Hochphase des Kolonialismus zwischen 1850, dem Beginn der französischen Expansion ins Innere des Kontinents, bis zur offiziellen Dekolonisation durch die Schaffung der »Communauté«

im Jahr 1958, ist der eigentliche Erfahrungsraum, auf den sich die Narrative beziehen, die den interpretativen Rahmen für die Bewertung aktueller Politik bilden. An Ausschnitten wird die Bedeutung dieser Erfahrungsräume deutlich, aber zugleich die Umstrittenheit der Narrative, in denen diese Erfahrungen erzählt werden.

Ein solcher Ausschnitt sind die moralisch stark kodierten Beziehungen, die sich durch die Beteiligung von Afrikanern am französischen Militär ergeben haben. Solche Inkorporationen reichen bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurück. In Frankreich wie in Großbritannien haben jeweils hunderttausende Soldaten aus den Kolonien in den Kriegen der Kolonialmächte mitgekämpft, von den kolonialen Unterwerfungen im 19. Jahrhundert über die beiden Weltkriege bis in die Phase der Dekolonisationskriege in den 1950er und 1960er Jahren. In *Françafrique* ist der Umgang mit diesen Soldaten und vor allem die Frage ihrer Pensionen zu einem Dauerthema geworden, an dem sich die Dynamiken der moralischen Bewertung, des Wechselspiels von Solidarität und Entsolidarisierung erkennen lässt. In dieser Moralproduktion spielt der Krieg eine grundlegende Rolle.

Dieser Ausschnitt der französisch-afrikanischen Beziehungen, so könnte man denken, verliert mit dem Versterben der letzten Veteranen an Bedeutung, auch wenn ihre Angehörigen ihrer gedenken mögen und die Historiographie diesen Teil der Geschichte dokumentiert hat.<sup>10</sup> Tatsächlich aber wird der Bezug auf diese Trägergruppe in unterschiedlichen Diskursen häufig hergestellt, sowohl in politischen Reden von Staatsvertretern wie auch in den politischen Liedern der afrikanischen populären Musik. Wann immer das Verhältnis zwischen Frankreich und seinen ehemaligen Kolonien in der französischen, oder besser: französischsprachigen Öffentlichkeit diskutiert wird, taucht die Frage der »Blutschuld« wieder auf. So zum Beispiel auch, als im Jahr 1996 Dutzende von »Sans-papiers« aus der Pariser Kirche Saint-Bernard des Landes verwiesen wurden (Bayart 2007b: 208). Die jungen Afrikaner, die Frankreich damals verlassen mussten, taten dies unter Protest und verwiesen auch auf den Beitrag ihrer Eltern beziehungsweise Großeltern bei der Rettung Frankreichs in den beiden Weltkriegen.

Möglich geworden ist dies durch den Umstand, dass sich die afrikanischen Veteranen, die *Tirailleurs*, organisiert haben und als Veteranenverbände enge Beziehungen zu französischen Veteranenverbänden unterhiel-

ten. Insbesondere die Frage ihrer Pensionen, die ihnen erst durch ein Gesetz aus dem Jahr 1961 als fester Satz gewährt wurden, die wegen der Inflation aber schnell an Wert verloren, ist ein konstantes Thema geblieben. In der Geschichte der *Tirailleurs* lassen sich so die Konstruktion von Narrativen, ihre Verbindung mit institutionellen Ordnungen, aber auch ihre Krisen und schließlich der Zerfall, die Entsolidarisierung, beispielhaft erkennen.

Bereits im Jahr 1857 begann das koloniale Frankreich, afrikanische Regimente aufzustellen, die dann für die koloniale Unterwerfung der weiter im Inneren des Kontinents gelegenen Teile benutzt wurden. Die »*tirailleurs sénégalais*«, die bis kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs als Teil der französischen Streitkräfte existierten, wurden in Senegambia und in Französisch-Sudan teils freiwillig, teils unter Zwang rekrutiert. Sie kämpften zunächst als koloniale Hilfstruppen bei der Eroberung all dessen, was als westafrikanisches Hinterland zum Französischen Sudan wurde. Das entspricht in etwa dem Gebiet des heutigen Staates Mali.

Die Geschichte der *Tirailleurs* wird schon bald zu einer sehr politischen Frage. Denn ein großer Teil der Rekrutierten entstammt zunächst den so genannten »*quatre communes*«, also jenen vier Gemeinden des heutigen Senegal, deren Einwohnern 1916 für ihre Verdienste bei der Verteidigung Frankreichs die französische Staatsbürgerschaft zugestanden wird. Die vier Gemeinden Dakar, St. Louis, Gorée und Rufisque genossen schon vorher einen Sonderstatus, und von ihnen ging im Empire auch die Initiative aus, über den Militärdienst den Zugang zur vollen Staatsbürgerschaft zu erlangen.

Ein schon früh erfolgreicher Aufsteiger aus den »*quatre communes*« war Blaise Diagne. Geboren in Gorée, dem Hauptumschlagplatz des Sklavenhandels an der Küste Senegals bis weit in das 19. Jahrhundert, wurde er bereits 1914 der erste afrikanische Abgeordnete in der französischen Nationalversammlung und von Georges Clemenceau zum hohen Beamten in der Kolonialverwaltung ernannt. Für Diagne sind die Rekrutierung und die Kriegsbeteiligungen der Afrikaner ein wegweisendes Modell gewesen: »Trotz seiner Schrecken ist der Krieg für die Völker Senegals ein Instrument der Sozialreform« (zitiert nach Bayart 2007a: 211). Diagne, der selbst ein Musterbeispiel für die transnationalen Karrieren ist, die im Zeitalter des Kolonialismus die Mobilität der modernen Experten vorwegnehmen, teilt das koloniale Modernisierungsprojekt. Sein Lebenslauf ebenso wie das Schicksal der *Tirailleurs* zeigt, dass sich die Bindungen, die sich zwischen

<sup>10</sup> Wenigstens zwei Werke über die Geschichte der »*tirailleurs sénégalais*« seien genannt: Mann (2006) und Echenberg (1991).

Kolonialmacht und Kolonisierten ergeben, langsam verschränken, und dies zu einem Grad, durch den die Unterscheidung zwischen Staatsgrenzen für den sozialen Zusammenhalt, für die Dichte der Interaktion letztlich unerheblich wird. Der Staat wird in postkolonialen Zeiten deshalb als Bühne für eine Reihe von Akteuren im Feld *Françafrique* wichtig, aber vor allem als Institutionengefüge, in dessen vielfältigen Agenturen sich über die Mittelflüsse und Personalpolitiken die teils klientelistischen, teils egalitären Beziehungen perpetuieren.

Der historische Erfahrungsraum, der diesen Politiken vorhergeht, macht dies erst möglich. Die *Tirailleurs* wurden zu einer festen Größe französischer Militärmacht, also eines zentralen Teils des französischen Staates und seiner Geschichte. Im Ersten Weltkrieg allein kämpften 180.000 *Tirailleurs* auf der Seite Frankreichs, 30.000 verloren dort ihr Leben. Seitdem waren sie in allen Kriegen Frankreichs im Einsatz, in Westafrika, in Marokko, im Libanon und in Anatolien, aber auch in Indochina und Algerien. Sie sind sogar an der Niederschlagung von Unruhen in Frankreich beteiligt, so in Marseille 1938 und in Nizza 1947/48. Während der deutschen Besetzung Frankreichs zwischen 1940 und 1944 waren 5.000 von ihnen Teil des »*maquis*«, doch auf Wunsch Großbritanniens und der USA und mit Zustimmung de Gaulles nahmen sie an der Einnahme von Paris nicht teil. Dafür war von französischer Seite nur die 2. Division vorgesehen, der einzige Armeeteil, der zu 100 Prozent »weiß« war (Wievorka 2007: 365).

Nach ihrer Demobilisierung jedoch blieb die Ungleichbehandlung der *Tirailleurs* gegenüber den französischen Soldaten zunächst bestehen. Erst über die Kultur militärischer Kameraderie und die Zusammenarbeit der französischen und afrikanischen Veteranenverbände entstand der Druck, der die französische Regierung 1950 zur Gleichstellung veranlasste. Diese Entscheidung war wiederum Teil einer größeren Frage. Denn in der Kolonialverwaltung wuchs die Furcht, aus dem Milieu der afrikanischen Veteranen könnten »nationalistische« – sprich: antikolonialistische Tendenzen erwachsen. Die rechtliche Gleichstellung und schließlich die Gewährung einer lebenslangen Pension sind deshalb nicht bloß durch ein Gefühl der Verpflichtung erklärbar, sondern könnten ebenso als Taktik in der Reorganisation des »*Empire*« und der Wahrung von Herrschaftskontinuitäten interpretiert werden.

## 5. Die Kunst der Interpretation

Die Geschichte des Kolonialismus ist also nicht nur die einer einseitigen Dominanz, sondern sie ist auch die Geschichte der Appropriation, der Ausgestaltung durch alle Akteure. Aus diesem Grund bleiben die Interpretationen auch offen. Im Diskurs über den französischen Kolonialismus stehen sich mindestens zwei Positionen gegenüber. Ein einfacher »tiersmondisme« geht in erster Linie moralisierend vor, indem vor allem Frankreichs Verantwortung und Verpflichtung gegenüber den ehemaligen Kolonien betont wird. Die in der Rede Sarkozys und auch in denen einiger anderer Politiker zum Ausdruck kommende Haltung lässt sich demgegenüber als Revisionismus charakterisieren. Hier wird vor allem auf die Figur der Re-Evaluierung des modernisierenden Beitrages des Kolonialismus abgestellt.

Keiner Position, weder den Tiersmondisten noch den Revisionisten, mangelt es an empirischer Evidenz. Ganz wie in Hegels Dialektik von Herr und Knecht, geht der Kampf solange weiter, bis sich die Kontrahenten »gegenseitig als Anerkennende anerkennen«. Solange aber streiten sie um Narrative und Erzählweisen, die durch die Signifikate nicht festgelegt sind. Die gemeinsame Erfahrung hat nur eine Welt der gemeinsamen Bezugspunkte geschaffen, aber um die Bedeutung dieser Ereignisse wird gestritten. Die Auseinandersetzung über den Kolonialismus ist deshalb nicht abgeschlossen, weil kein Narrativ wirkliche Dominanz erreichen konnte.

Die schockierende Wirkung, die Sarkozys Rede vom 26. Juli 2007 hatte, ist deshalb vor allem als Episode eines langen Streits der Interpretationen in einem transnationalen Feld zu begreifen. Sie ist aber auch an jüngere Entwicklungen gebunden. Denn Frankreichs Engagement auf dem afrikanischen Kontinent hat sich in den vergangenen zwanzig Jahren erheblich gewandelt. Einmal abgesehen davon, dass die Diskussion über die Geschichte vor allem immer Diskussion über die Gegenwart ist, so dass die Vergegenwärtigung der Geschichte immer auf gegenwärtige politische Probleme verweist (Lüthy 1967), ergibt sich die Konfliktivität der Frage nach der Bewertung des französischen Kolonialismus auch aus den Veränderungen im Feld *Françafrique*.

Ökonomisch jedenfalls hat die Bedeutung der afrikanischen Staaten in den letzten zwanzig Jahren für Frankreich weiter abgenommen. Gemessen an der Summe der Direktinvestitionen ist Frankreich in Afrika mit 4,9 Milliarden Euro hinter Großbritannien, die Vereinigten Staaten und die

Niederlande auf den vierten Platz zurückgefallen. Im Außenhandel Afrikas liegt Frankreich mit 50 Milliarden US-Dollar auf dem zweiten Platz hinter den USA (70 Milliarden US-Dollar), aber der Anteil der Franc-Zone am französischen Außenhandel beträgt nur noch ein Prozent. Seit 1970 ist der Anteil Gesamtfrikas, einschließlich des Maghreb, an den französischen Exporten von 8,7 Prozent auf 5,6 Prozent 2006 zurückgefallen. Aus diesen Beziehungen hat Frankreich in 2004 einen Außenhandelsüberschuss von 3,2 Milliarden Euro erzielt, von dem 1,8 Milliarden Euro auf das subsaharische Afrika entfielen (Hugon 2007: 56).

Zugleich hat sich in diesen Beziehungen das Gewicht der Branchen verschoben. Waren in früheren Jahrzehnten vor allem jene Branchen am bedeutsamsten, die über Lieferbindungen von Entwicklungshilfe am meisten profitierten, wie im Bauwesen (Bouygues, Dumez) und bei der Wasser- und Stromversorgung (Bouygues, Electricité de France, Lyonnaise des Eaux, Vivendi), so stehen die Energieunternehmen, vor allem die Ölbranche, jetzt im Vordergrund: Die Total-Gruppe ist in Nigeria und Angola engagiert, aus beiden Ländern stammen 20 Prozent der französischen Ölimporte. Total ist in vierzig afrikanischen Ländern präsent, ist auf dem Kontinent Marktführer und unterhält dort sieben Raffinerien. Zentral aus der Sicht der Länder der Franc-Zone sind zudem die französischen Banken Banque Nationale de Paris, Société Générale und Crédit Lyonnais, die zusammen über 70 Prozent Marktanteil in diesen Ländern haben (Hugon 2007: 57).

Im Bereich der Sicherheitspolitik ist die Präsenz Frankreichs in Afrika unverändert hoch. Keines der bestehenden Abkommen über militärischen Schutz wurde aufgekündigt, und Frankreich hat sich als »Schutzmacht« im innerstaatlichen Krieg in der Elfenbeinküste stark engagiert, aber dadurch in Afrika viel Kritik auf sich gezogen (vergleiche D'Ersu 2007; Kunz 2006). Weitere Interventionen von französischer Seite hat es im Tschad im April 2006 und in der Zentralafrikanischen Republik im November 2006 gegeben. Nach wie vor sind 1.200 Soldaten in Tschad stationiert und stützen dort das Regime von Idriss Déby (Marchal 2006: 473f.). Über 300 französische Soldaten sind in der Zentralafrikanischen Republik mit der Restrukturierung der dortigen Streitkräfte befasst. Damit unterstützt Frankreich die Regierung des General François Bozizé, der sich 2003 an die Macht putschte.

Schließlich überwachen mehr als 3.000 Soldaten die Pufferzone zwischen den Kriegsparteien in der Elfenbeinküste. Von den über 12.000

französischen Soldaten, die im Jahr 2006 in internationalen Missionen unterwegs waren, befanden sich mehr als die Hälfte auf dem afrikanischen Kontinent, und nach wie vor unterhält Frankreich Militärbasen in N'Djamena, Libreville, Dakar, Dschibuti und Abidjan.

Diese »découplage« von ökonomischer und militärischer Bedeutung ist auch für das Niveau französischer Entwicklungshilfe nicht ohne Konsequenzen geblieben. Beginnend mit der »doctrine d'Abidjan« von 1993, einer Erfindung des damaligen Premierministers Edouard Balladur, ist die Vergabepraxis stark multilateralisiert worden (Banégas u.a. 2007: 12). Mittlerweile wurde auch das eigenständige Ministerium für Entwicklungshilfe abgeschafft. Während es zwar noch einen Minister für diese Aufgabe gibt, ist die Aufgabe dem Außenministerium untergeordnet worden. Von den ehemals gut 10.000 Entwicklungshelfern, die Frankreich jährlich bezahlte, sind nur knapp 1.000 übrig geblieben (Meimon 2007: 42).

Dieser Teilrückzug der französischen Außenpolitik aus Afrika ist die andere, realpolitische Seite des Streits der Interpretationen. Denn die veränderte Rhetorik, derer sich Präsident Sarkozy bedient, erzeugt nicht nur deshalb so viel Protest, weil sie in Unkenntnis der problematischen kolonialen Vergangenheit nur alte Stereotype bedient. Sarkozys Politik und seine Reden sind auch deshalb umstritten, weil sie mit einer Rationalisierung der Außenpolitik einhergehen, die jenseits imperialer Attitüden ohne Sentimentalitäten auskommen will und damit auch Interessengruppen gegen sich hat.

## 6. Die Theorie der Moral

In diesem Beitrag sollte gezeigt werden, dass sich die Erklärung moralischer Phänomene nur aus der Rekonstruktion geschichtlicher Verläufe und ihrer gesellschaftlichen Verarbeitung zu dominanten, immer aber umstrittenen Narrativen ergeben kann. Überall auf der Welt sind diese Narrative mit den Selbsterzählungen von Staaten eng verwoben. Darin zeigt sich ihre fundamentale Rolle für die Aufrechterhaltung von legitimen Ordnungen, die begründend für die Formen politischer Herrschaft sind, die aber im transnationalen Raum häufig umstritten bleiben.

Das Narrativ des französischen Staates hat sich seit der Revolution immer durch einen Distanzierungsversuch von anderen Staaten ausge-

zeichnet. Der Bezug auf die Menschenrechte war darin das zentrale Merkmal der historischen Rolle Frankreichs, das als Kollektivsingular auftritt und sich mit anderen, als Staaten verdinglichten Kollektiven misst. Dieser humanistische Diskurs stieß sich jedoch immer an der realhistorischen Erfahrung des Kolonialismus, am kontradiktorischen Faktum der kolonialen Unterwerfung und Gewaltherrschaft im Namen einer überlegenen Zivilisation. Mit dem Ende des Kolonialismus ist jedoch die Verführungskraft der Idee der »mission civilisatrice« nicht vorüber (Bancel u.a. 2003: 132). Wie sich im eingangs zitierten Ausschnitt aus der Rede Sarkozys erkennen lässt, ist die Vorstellung einer modernen Welt, der sich die zurückgebliebenen Afrikanern anzuschließen hätten, nicht ausgestorben, sondern sehr lebendig. Sie findet in anderen Ländern ihre Analogien in den laufenden Diskursen über »Staatszerfall«, »barbarische Gewalt« und die Notwendigkeit mit Interventionen eine neue Ordnung einzuführen, von deren moralischer Überlegenheit man bei allen Schwierigkeiten der Implementation überzeugt ist.

Diskurse und reale Austauschprozesse, das konnte in diesem Beitrag ebenso erkannt werden, entsprechen sich nicht immer. Während sich die ökonomische Beziehungen mittelfristig stark verschoben, und auch das finanzielle Engagement der ehemaligen Kolonialmacht stark nachgelassen hat, ist die Intensität der politischen Debatte über die Bedeutung der gemeinsamen Geschichte und ihrer Interpretation offenbar so heftig wie nie zuvor. Im Mittelpunkt dieser Auseinandersetzungen stehen Fragen von Schuld, Ehre und Verpflichtung, wie sie im Gefolge von Kriegen und gewaltsamen Eroberungen zwar regelmäßig auftreten, durch die Wendung der globalen Diskurse auf den Kanon der Menschenrechte nun aber überall noch einmal enormen Auftrieb erhalten haben.

Es ist zweifelhaft, ob sich in diesen Diskursen eine »moralische Tendenz des Menschengeschlechts« beweist, die schon Kant (1959 [1798]: 84) sich erhoffte. Die lange gemeinsame Geschichte Frankreichs mit »seinen« Kolonien hat jedenfalls kein übergreifendes Gefühl der Solidarität hervorgerufen, sondern sie lässt sich eher als Streit der Interpretationen mit moralischen Argumenten bezeichnen. Das Moment einer übergreifenden Zugehörigkeit, wie es für Solidarität offenbar konstitutiv ist (Thome 1998: 238), ist dabei nicht entstanden. Zwar begründet die gemeinsame Geschichte so etwas wie eine gemeinsame Arena der Interpretationen, aber sie

konstituiert nicht den Raum, in dem eine Brüderlichkeitsethik entstünde, wie sie die Solidarität immer ist.<sup>11</sup>

Die klassischen Ansätze der Internationalen Beziehungen sind nicht in der Lage, mit einer widersprüchlichen Empirie, wie sie in diesem Beitrag behandelt wurde, umzugehen. Denn jenseits des alten Theorems liberaler Politiktheorien, dass über Interaktion auch Kooperation entstünde und diese auch vergemeinschaftende Wirkung entfalte (vergleiche Forschungsgruppe Weltgesellschaft 1996), geben diese Theorien über die gesellschaftlichen Konstituierungsprozesse von Politik noch keine hinreichende Auskunft. An den jüngeren Entwicklungen der französischen – und auch der US-amerikanischen<sup>12</sup> – Afrikapolitik lassen sich stattdessen eher Tendenzen der Rationalisierung erkennen.

Das Thema der Moral und mehr noch die empirische Forschung zu moralischen Phänomenen in der internationalen Politik drängt stattdessen auf eine Soziologisierung der wissenschaftlichen Betrachtung. Eine Moral ohne entweder soziale Trägergruppen oder wirkliche Institutionalisierungen gibt es offenbar nicht, und die wirklichen Grundlagen politischen Handelns wie seiner Rezeptivität liegen im sozialen Raum. Hier, im sozialen Raum entstehen moralische Codierungen. Sie beruhen immer auf narrativ gefassten Erfahrungen. Welches Narrativ sich durchsetzt, ist ein nicht-determinierter politischer Prozess, der wiederum von der Konkurrenz legitimer Ordnungen abhängt. Hierüber verknüpfen sich moralische Phänomene mit der politischen Soziologie überhaupt, deren zentrale Perspektive immer nach den Dynamiken von Macht, Legitimität und Herrschaft fragt.<sup>13</sup>

11 Auf dieses Merkmal hat Kersting (1998: 413) in seiner Diskussion »internationaler Solidarität« hingewiesen. Das christliche Gegenmodell zur auf Binnenmoral basierenden Solidarität ist der Universalismus des »barmherzigen Samariters« (Lukas 10, 27–35).

12 Auch das US-amerikanische Engagement im subsaharischen Afrika hat nach dem Ende des Ost-West-Konflikts erheblich nachgelassen (Gieg 2007) und beschränkt sich fast vollständig auf Sicherheitsinteressen.

13 Zu dieser Perspektive vgl. Jung (1998, 2001) und Schlichte (2005).